

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung
der Demokratie in Freiheit und Frieden

–

von

Tristan Abromeit

Januar 2023

Text 177.0

www.tristan-abromeit.de

Die Grenzen des Staates

und

die Wahl der Gesellschaftsordnung

Text 177.12

– Anhang zum Text 177.12 –

Text 177.12.1

Gründung und Auflösung

der Liberal Sozialen Partei (LSP) 1966 - 1968

in zwei Teilen:

177.12.1.1

Die gesammelten Texte sind aus technischen Gründen in 2 Dateien aufgeteilt.

Vorlauf der Gründung 177.12.1.1

Kurze Wirkzeit / Pressemitteilungen 177.12.1.2

entnommen 25.12.08

LSP Buchhof

Johnsons Jahrestage Der Kommentar

■ Hinweise zur Benutzung ■ Literatur-Verzeichnis ■ Register ■ Abkürzungen

»Jahrestage«

(ohne Datum)

AUGUST 1967

SEPTEMBER 1967

OKTOBER 1967

NOVEMBER 1967

DEZEMBER 1967

JANUAR 1968

FEBRUAR 1968

MÄRZ 1968

APRIL 1968

MAI 1968

JUNI 1968

JULI 1968

AUGUST 1968

Seite/Zeile(n)

Datum/Text

27. November 1967

374, 33-
375, 2

In Westdeutschland ist ... und elfeinhalb Zeilen - Vgl. die Notiz »Ne German Party Formed« der NYT vom 27.11.1967: »Fifteen men, mc small businessmen, announced today the founding of a political party called the Liberal-Social party. Their program calls for West German; quit the Atlantic alliance, for a plebiscite on recognizing East Germa; for abolishing incomes not earned by work.«

Die Liberal-Soziale Partei spaltete sich von der Freisozialen Union (F ab, einer auf der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells (17.3.1862-11.3. basierenden Gruppierung, die eine Marktwirtschaft mit vollständiger Wettbewerbsfreiheit ohne Staatseingriffe propagierte. Die Liberal-So. Partei unter Tristan Abromeit und Karl-Heinz Ventra verstand sich al auch als selbständiger Teil der APO und lehnte den amerik. Einsatz ir Vietnam und die Notstandsgesetze ab. Sie traten für Geldwertstabilisi durch flexible Wechselkurse, Herabsetzung des Wahlalters und Anerkennung der DDR ein; wegen zu niedriger Mitglieierzahl im Fet 1969 aufgelöst.

So Mo Di Mi Do Fr Sa

1 2 3 4

5 6 7 8 9 10 11

12 13 14 15 16 17 18

19 20 21 22 23 24 25

26 27 28 29 30

374, 34f.

Nordatlantischen Vertrages - s.K. ⇨ 42, 16f.

375, 3f.

Der Botschafter der ... Nam werde mißverstanden - Vgl. den Artikel »Bunker Says War Is Misunderstood« der NYT vom 27.11.1967: Na Bunkers Ansicht sei Südvietnam viel intensiver involviert, als in den amerik. Medien angenommen werde.

375, 5-10

Gestern morgen in ... Johnsons Schrank übersehen - Vgl. den Artike »Rape Suspect Shot By Victim's Husband« der NYT vom 27.11.1967: intruder raped a Bronx woman in her apartment after forcing her to ti her husband. [...]

The police identified the intruder as James Dennis, 35 years old, of 10 Clay Avenue, the Bronx, and said he forced his way into the forth-flo apartment of Wilbur Johnson, 55, of 1361 Boston Road [...].

He ransacked the apartment, [...] taking \$159 in cash, several pieces o jewelry and some clothing [...] and left the apartment.

Mrs. Johnson untied her husband, who grabbed a shotgun from a clos ran to a fire escape in time to see Dennis leaving the building. Mr. Jol called to Dennis, who turned to look up and was shot.«

375, 12

Thanksgiving - s.K. ⇨ 342, 22.

375, 13-25

Aber in Richmond ... im Sommer 1933 - Die Episode variiert das dur Bertolt Brechts (s.K. ⇨ 211, 33) Gedicht »An die Nachgeborenen« zu Topos gewordene Motiv des Baumes:

Was sind das für Zeiten, wo

Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist

Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!

375, 27

Gaswerk - s.K. ⇨ 94, 4f.

x Joh war kein Mitglied der FSU
TA.

x

7a

Hamburg im Dezember 1966

Sehr geehrte / geehrter Frau / Herr

Wir glauben mit Ihnen übereinzustimmen, wenn wir hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Konstellation in der BRD eine Sammlung oppositioneller Gruppen und eine Aktivierung bisher abseits stehender Bürger für notwendig erachten.

Wir möchten Sie als Mitglied der "Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen-Partei" und damit als Unterzeichner des beiliegenden Aufrufs gewinnen.

Da nach Bildung der Aktionsgemeinschaft der Aufruf rasch in größerer Zahl verbreitet werden soll, bitten wir Sie um Rücksendung des beiliegenden Antwortbogens bis zum 5. Januar 1967.

Zu klären wäre noch, wer die Geschäftsführung der Aktionsgemeinschaft – die sich mit der Gründung der Partei auflöst – übernimmt. Damit eine durch örtliche Gegebenheiten erleichterte Zusammenarbeit

möglich wird, schlägt der Unterzeichnete die Herren B ... (Fotograf), L... (Lehrer) und R- (Dipl. Handelslehrer) vor. Herr Ventker (Einzelhandelskaufmann) wird gebeten, die Prüfung der Geschäftsführung zu übernehmen.

Die genannten Herren äußern sich bitte auf dem Antwortbogen zu dem Vorschlag.

Die Geschäftsführung informiert die Aktionsgemeinschaft in kurzen Zeitabständen über den Stand des Vorhabens.

Damit die Empfänger dieses Schreibens wissen, mit wem sie zusammen den Aufruf unterzeichnen finden Sie weiter unten ein Verzeichnis der Empfänger dieses Schreibens.

Durch den Aufruf soll bereits dokumentiert werden, daß mit der Liberal-Sozialen Partei keine schichtgebundene Organisation entstehen soll. Deshalb ist geplant, neben dem Namen des Unterzeichners auch dessen Beruf zu nennen.

Ergänzen Sie deshalb bitte die Liste der Unterzeichner durch andere Berufsvertreter aus Ihrem Bekanntenkreis.

Ich wünsche Ihnen ein glückhaftes und friedvolles neuer Jahr.

Tristan Abromeit
2 Hamburg-Poppenbüttel, Kiwittredder 36

Abschrift / Januar 2024 / TA

von Spiritus-Druck

zur Gründung einer liberalen und sozialen Partei, die eine Alternative zu den Regierungsparteien sowie den extremen Links- und Rechtsgruppierungen geben soll.

Politisch denkende Bürgerinnen und Bürger!
Wenn Sie sich nicht durch eine bestehende Partei vertreten fühlen bzw. Ihre Aktivität in diesen Parteien nicht entfalten können, dann lesen Sie bitte aufmerksam diesen Aufruf. Wollen Sie nicht der NPD das ganze Feld der Opposition überlassen, dann zeigen Sie Mut zur Initiative und unterstützen Sie bitte durch Mitarbeit und (oder) Spenden die Gründung der Liberal-Sozialen Partei LSP.

Die LSP sollte auch alle im außerparlamentarischen Raum wirkenden Parteien und Gruppen gleicher Zielsetzung zusammenfassen.

Wenn die zu gründende LSP wirksam werden will, dann sind allerlei Schwierigkeiten zu überwinden. Aufbau und Finanzierung der Organisation, Erarbeitung eines überzeugenden Programms und Gewinnung von Mitgliedern sind z.B. Aufgaben, an denen Sie Ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Allgemeinheit einsetzen können.

Niemand ist zu dumm, um sich politisch betätigen zu können, und niemand ist zu klug dazu. Von ca. 38 Millionen Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland sind nur etwa 3 % in Parteien organisiert. Da die politische Willensbildung bei uns im wesentlichen durch die Parteien stattfindet, ist zu fragen: Sind nicht mehr Bürgerinnen und Bürger bereit, politische Verantwortung zu übernehmen?

Sich durch unsere Nachrichtenmagazine zu informieren, mag vom kritischen Geist des Lesers zeugen. Wer aber den Nachrichtenmagazinen die Kontrolle der Macht in unserem Staate allein überläßt, verkennt die Aufgaben eines Bürgers in der Demokratie.

Wenn Sie die Freiheit des Individuums als Voraussetzung für einen beispielhaften Staat mehr gefördert und gesichert sehen wollen, dann stehen Sie nicht länger abseits. Helfen Sie mit, daß die toten Buchstaben unseres Grundgesetzes lebendig werden.

Kommunismus und übersteigerten Nationalismus überwindet man nicht durch Verbot und Verteufelung ihrer Trägerparteien, sondern durch eine Gestaltung unserer Gesellschaftlichen Verhältnisse, die keinen Nährboden für das Gedeihen freiheitsgefährdender Parteien übrig läßt.

Es soll in diesem Aufruf nicht versucht werden, ein Programm der Liberal-Sozialen Partei aufzustellen. Das ist Aufgabe einer Gründungsversammlung und des von ihr zu bildenden Programmausschusses. Es seien aber in Stichworten einige Probleme angedeutet, die der Lösung harren:

Steuerreform (weniger Steuerarten, verständliche Steuergesetze, Entschuldung des Staates);

Sozialversicherungsreform(Sicherung für alle Bürger bei Erhaltung der Verantwortung des einzelnen);

- Strafrechtsreform (Wir brauchen ein Strafrecht, das den heutigen Erkenntnissen und sittlichen Vorstellungen entspricht);
- Behebung des Bildungsnotstandes (Innere Reform der Schule, der Erziehung, des Bildungsniveaus und qualitative Reform der Wissensübermittlung);
- Verhinderung von inneren und äußeren Notständen (Komplex der Notstandsgesetze und der Verteidigung);
- Erarbeitung einer neuen Europakonzeption (inbegriffen das Verhältnis zur DDR und den östlichen Nachbarstaaten);
- Stabiles Geld bei Vollbeschäftigung und störungsfreiem Außenhandel (damit verbunden ein Abbau der Vermögenskonzentration);
- Verhinderung der Bodenspekulation (Ermöglichung einer sinnvollen Raum- und Städteplanung durch eine Bodenrechtsreform);
- Förderung des Wettbewerbs in Wirtschaft und Geistesleben, wobei eine größtmögliche Chancengleichheit anzustreben ist.

Was können Sie konkret für die Gründung einer Liberal-Sozialen Partei tun?

1. den anliegenden Fragebogen ausfüllen und frankiert an die angegebene Adresse schicken;
2. den Aufruf und den Antwortbogen vervielfältigen und verteilen;
3. Spenden für Werbezwecke auf das Konto Nr. beim Postscheckamt in überweisen.

Wenn es nicht zur Gründung der LSP kommen sollte, werden die Spenden abzüglich verwendeter Gelder zurücküberwiesen. Falls die Anschrift des Spenders nicht lesbar ist, wird das Geld einer Institution für politische Bildung zur Verfügung gestellt.

Die Unterzeichneten erheben keinen Anspruch darauf, das Führungsgremium der LSP bilden zu wollen.

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei

Es folgt die namentliche Nennung der Mitglieder der Aktionsgemeinschaft.

Voraussetzungen und mögliche Zielsetzungen der Liberal-Sozialen Partei

Referat von Tristan Abromeit

gehalten auf der Gründungsversammlung der LSP am 25.Nov.67

0 Vorbemerkung

Man kann sagen: Die Zielsetzung ist leicht zu bewerkstelligen im Vergleich zu der Zielerreichung.

Andererseits leuchtet ein, daß die Zielerreichung um so leichter ist, je besser hemmende und förderliche Gegebenheiten in der Zielsetzung berücksichtigt werden. Es ist also erforderlich, Vorüberlegungen anzustellen.

1 Rechtfertigung und Chancen einer neuen Partei

- 1.1 Erfordert die Gründung der Liberal-Sozialen Partei eine Rechtfertigung? Hier muß ein klares "Nein" gesprochen werden. Dieses würde sogar dann gelten, wenn die LSP die gleichen Ziele hätte wie bestehende Parteien und jedermann mit diesen zufrieden wäre.
Die Lizenz wird vom Erfolg gegeben und vom Mißerfolg verweigert. Jeder Bürger hat das Recht, sich an der Gestaltung des Staates zu beteiligen und folglich auch, Parteien zu gründen, die nach dem Grundgesetz zur politischen Willensbildung beitragen.
- 1.2 Die Chancen für eine erfolgreiche Neugründung werden von vielen mehr als skeptisch beurteilt. Die Regierungsparteien befürchten deshalb keinen Wettbewerbsdruck von seitens einer neuen Partei. Soweit wir mit unseren geringen Mitteln die außerparlamentarische Opposition erreichen konnten, fanden wir nur ein bescheidenes Echo. Dieses mag einmal daran liegen, daß sich viele von diesen Leuten erfolglos finanziell und zeitlich verausgabt haben und andere eigene Pläne haben. Während der Vorbereitungen mußten wir auch erleben, daß Zusagen für die Teilnahme an der Gründung zurückgenommen wurden, entweder weil der Mut schwand oder weil Familienmitglieder streikten.¹⁾
Wir, die wir hier versammelt sind, sehen eine Chance für einen Erfolg. Der Erfolg darf aber nicht in einer fernen Zukunft erhofft werden, sondern in einem überschaubaren Zeitraum. Ich habe deshalb im Satzungsentwurf geschrieben, daß sich die LSP auflöst, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres eine Mitgliederzahl von 1000 erreicht hat oder über einen Monatsetat von 10.000 DM verfügt.
Bleibt der Erfolg aus, so dürfen wir dann freimütig bekennen: Unsere Mühe war vergeblich, wir haben geirrt.

2 Programme

2.1 Programme von politischen Parteien haben die Aufgabe, deren Zielsetzungen dem Parteimitglied, dem Wähler und anderen Interessenten zu verdeutlichen.

Von der Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei wurde bewußt kein Programm entwickelt, um zu verhindern, daß die Neugründung von vornherein eine einseitige Prägung erhält, die den Mißerfolg gleich nach sich zieht.

2.2 Wir, die Gründungsversammlung, müssen jedoch ein Programm verabschieden, weil das Parteiengesetz verlangt, daß politische Parteien ihre Ziele in Programmen niederlegen. Wir sollten uns aber davor hüten, Patentrezepte für alle anstehenden Probleme bekannt zu geben.²⁾

2.3 Politische Programme - mögen sie noch so gut sein - haben keine Wirkung, wenn nicht gleichzeitig die Macht entwickelt wird, sie durchzuführen.

2.4 Für uns hat das Programm oder die Programme die Aufgabe: Mitglieder zu werben, später auch Wähler, und uns ein Leitfadens für unsere Aktionen zu sein.

3 Unsere Ausgangssituation für Zielsetzungsentscheidungen

3.1 Individuelle und politische Gegebenheiten

3.11 Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht unbedingt bessere Menschen sind, weil wir eine bessere Politik wollen. Wir haben Fähigkeiten und Unzulänglichkeiten wie andere politische Menschen. Den Auftrag und die Freiheit zu unserer Arbeit haben wir durch das Grundgesetz. Diese Einsichten sollten uns vor Überheblichkeit bewahren, uns aber auch Mut geben.

3.12 Unter unseren Mitbürgern ist Unbehagen und Unzufriedenheit über die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit festzustellen.

3.13 Von den Wählern sind nur 4% in Parteien organisiert. Die Frage ist, ob der gegebene Egoismus nicht besser befriedigt wird, wenn der Wähler Subjekt der Politik wird und nicht immer ihr Objekt ist.

3.14 Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß viele unserer Mitbürger resignieren, weil sie sich ein Urteil über ihr erlerntes Fachgebiet hinaus nicht zu trauen.

3.15 Ein anderer Teil unserer Mitbürger begnügt sich mit der politischen Information, ohne die Aktion folgen zu lassen, sie halten sich aber für aktive Bürger.

3.16 Die Mitglieder der jetzigen Bundestagsparteien haben sich Privilegien angeeignet, die den Wettbewerb um die Herrschaft in unserem Staat verzerren und Neugründungen erschweren.

3.2 Gesellschaftliche Gegensätze

3.21 Wir leben in einer Welt mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. (Wenn ich hier von Gesellschaftsordnungen spreche, so schließt dieser Begriff die Wirtschaftsordnungen und die politischen Ordnungen mit ein.) Wir mögen andere Gesellschaftsordnungen verurteilen, dies ändert nichts an ihrer Existenz. Wir können versuchen, die Gesellschaftsordnungen anderer Staaten zu beeinflussen, nur der Imperialismus kommunistischer oder kapitalistischer Art scheinen mir ungeeignete Instrumente. Für unsere eigene Gesellschaftsordnung mögen wir in Anspruch nehmen können, daß sie unter den insgesamt mangelhaften Ordnungen zu den besseren zählt - mehr auch nicht.

Wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Verhältnisse bei uns und in der übrigen Welt verbessern könnten, dann müssen wir uns von der Vorstellung lösen, daß sich eine ideale Gesellschaftsordnung verwirklichen ließe. Es wird uns besser bekommen, wenn wir in unseren Ansprüchen mäßiger sind und von einer optimalen Gesellschaftsordnung ausgehen. Unter optimal verstehe ich hier ein Minimum an Reibungsverlusten durch Aggressionen unter den Menschen und ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten für den Menschen.

3.22 Wir leben in einer Welt, in der die Mehrzahl der Menschen nach geistiger und körperliche Nahrung, sowie nach anderen Gütern hungert. Trotz aller negativen Erfahrungen wird der Krieg in seinen verschiedenen Formen noch als Mittel zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme benutzt. Die Existenzangst - man denke an Arbeitslosigkeit, Verlust des Heimes, Hunger und sozialen Abstieg - verhindert, daß unsere Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen Staaten wirklich frei werden und sich vor unvernünftigen und inhumanen Handlungen bewahren.

3.3 Beispiele ungelöster Probleme

3.31 Die größte Bedrohung für den Menschen sind nicht die Naturkatastrophen, sondern die mangelnde Fähigkeit, die ökonomischen Verhältnisse so zu ordnen, daß sie nicht immer wieder eine Quelle für Armut, Hunger und Aggressionen abgeben. Diese Behauptung angesichts vorhandener ABC-Waffen aufzustellen, mag fragwürdig erscheinen, sie läßt sich aber begründen. Fest steht, daß der Güteraustausch zwischen den Staaten mehr als mangelhaft ist. In einem Teil der Welt verhungern die Menschen, in einem anderen Teil pflügen die Bauern ihre Ernte unter, weil sie die

Früchte nicht absetzen können, oder die Landwirte erhalten Prämien dafür, daß sie die Äcker nicht bestellen.

Zollgrenzen, Ein- oder Ausfuhrverbote sollen die einzelnen Staaten vor internationalen wirtschaftlichen Störungen bewahren. Erreicht wird damit, daß neue Störungen entstehen. Aber nicht nur gegen die Waren werden an den Grenzen Barrieren gebaut, sondern auch gegen die Menschen - Ein- oder Auswanderungsverbote, Devisenbewirtschaftung sind die gängigsten Mittel. Die meisten dieser Probleme rühren von unseren Währungs(un)ordnungen her.

Man sollte annehmen, daß jeder Mensch das gleiche Anrecht auf unsere Mutter Erde hat. Die Art der praktizierten Bodenrechte sorgt aber dafür, daß die Menschen diesbezüglich mit ungleichen Rechten geboren werden und auch sterben.

3.32 Die beste Verteidigung gegen äußere Aggressionen ist die Verhinderung von Aggressionen zwischen den Staaten. Dies setzt eine bessere Weltordnung voraus. Wir leben aber in einer Welt, in der auch unser Staat äußeren Aggressionen ausgesetzt werden kann.

Ich selbst bin davon überzeugt, daß unsere Bundeswehr ihren Auftrag, uns vor äußeren Aggressionen zu bewahren, nicht nachkommen kann. Es ist aber sinnlos, die Auflösung der Bundeswehr zu fordern, wenn nicht ein besseres Mittel angeboten wird. Es wird Zeit, daß sich Militärs und Pazifisten gegenseitig ernst nehmen und gemeinsam nach neuen Wegen suchen.

3.33 Wir haben ein Bildungsproblem, daran gibt es keinen Zweifel. Dies Problem ist national und international. Vergessen wir aber nicht, wenn wir uns in Zukunft damit befassen, daß das Bildungsproblem nicht mit der Grundschule beginnt, sondern schon vor der Geburt. Eltern, die keine Ahnung von der geistig/seelischen Menschwerdung haben, können in einer Welt ohne gültige Traditionen ihren Kindern nicht das Rüstzeug zur Lebensbewältigung mitgeben. Mütter, die durch hauswirtschaftliche oder berufliche Arbeit überlastet sind, können die Kinder nicht auf die Schule vorbereiten und nicht die Arbeit der Lehrer unterstützen.

3.34 Der vorhandene Gruppenegoismus wird vielfach beklagt. Beklagt werden sollte eher die Tatsache, daß der Gesetzgeber den Gruppenegoismus belohnt; daß der einzelne Bürger sich Interessengruppen anschließen muß, wenn er nicht übervorteilt werden will.

3.4 Marx und Lenin haben darüber nachgedacht, wie die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden könnten; ihre Schüler haben das Ergebnis ihres Denkens praktiziert. Die politische Welt wurde mit großen menschlichen Leiden verändert, aber nicht verbessert. Wir haben aber keinen Grund, Marx und Lenin zu fluchen: ohne Irrtum gibt es keinen Fortschritt.

3.5 Die meisten westlichen Sozialisten haben eingesehen, daß mit Marx die gesellschaftlichen Probleme nicht zu lösen sind. Anstatt weiter zu suchen, haben sie kapituliert und versuchen sich selbst als kleine Kapitalisten.

Die westlichen Liberalisten haben immer noch nicht begriffen, daß die Marktwirtschaft nicht identisch ist mit Kapitalismus. Um ihre Privilegien zu retten, machen sie Zugeständnisse an die Marxisten.

3.6 Für den ökonomischen Bereich der Gesellschaftsordnung - ich halte ihn für den bedeutendsten - gibt es nur zwei Lösungsmodelle: die Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft und die Verkehrswirtschaft oder Marktwirtschaft. Es läßt sich logisch begründen, warum die Marktwirtschaft der im Grundgesetz fixierten Vorstellung von Demokratie mehr entspricht als die Zentralverwaltungswirtschaft.

3.7 Zwei Erscheinungen erschweren die Lösung der Menschheitsprobleme sehr: 1. die begrenzte Erkenntnisfähigkeit des Menschen und 2. die mangelnde Verständigungsmöglichkeit. Nach meinem Dafürhalten ist der Versuch, eine wertfreie Wissenschaft - d.h. eine Wissenschaft, die Wertungen über gut und böse aus dem Erkennungsprozeß fernhält - einzuführen, nicht gelungen. Die mangelnde Verständigungsmöglichkeit, von der ich sprach, rührt nicht vom Wollen her, sondern vom Können. Spricht z.B. ein Redner das Wort national aus, so verstehen 10 Zuhörer zehnerlei Sachverhalte darunter.

3.8 Wenn wir nun anfangen wollen, Politik zu machen, so muß uns klar sein, daß wir nicht nur mit den Parteien im Wettbewerb liegen, sondern mit den verschiedensten Organisationen. Die Chance des Erfolges wird steigen, wenn es uns gelingt, hauptberufliche Mitarbeiter zu beschäftigen, die die Vorarbeiten für die jeweiligen Entscheidungen bewältigen. Der Nebenberufliche Politiker ist ohne Unterstützung durch eine gute Organisation überfordert, er wird nach einiger Zeit wegen Überstapazierung ausscheiden. Andererseits muß von vornherein verhindert werden, daß das einfache Parteimitglied durch den Parteiapparat entmündigt wird.

4 Grundsätze einer liberal-sozialen Politik

4.1 Die Programme und die Agitation der LSP müssen Grundsätze einer liberal-sozialen Politik widerspiegeln. Ich stelle daher folgende Forderungen an eine Politik der LSP zur Diskussion:

4.2 Eine liberal-soziale Politik erfordert eine weltoffene, undogmatische Betrachtungsweise und eine zweckdienliche Lösung gesellschaftlicher Probleme.

4.3 Eine liberal-soziale Politik muß aufbauen wollen und nicht in der Verneinung des Bestehenden verharren.

- 4.4 Eine liberal-soziale Politik muß eindeutig, aber ^{über}herant sein.
- 4.5 Eine liberal-soziale Politik muß den Egoismus des Menschen als gegeben hinnehmen.
- 4.6 Eine liberal-soziale Politik muß die gesellschaftliche Ordnung dem Menschen anpassen und nicht versuchen, die Menschen einer ersonnenen Ordnung anzupassen.
- 4.7 Eine liberal-soziale Politik muß eine Gesellschaftsordnung anstreben, die dem einzelnen Menschen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeit, Eigenverantwortung und Existenzsicherheit bei einem Minimum an Zwang gibt.
- 4.8 Eine liberal-soziale Politik muß Voraussetzungen dafür schaffen, daß der einzelne Mensch Geborgenheit in verschiedenen Gruppen findet.
- 4.9 Damit unsere demokratische Staatsform nicht durch die Teilnahmelosigkeit ihrer Bürger verloren geht, muß eine liberal-soziale Politik die Bundesrepublik Deutschland so gestalten wollen, daß sie für eine größtmögliche Zahl von Bundesbürgern über- und durchschaubar ist.

5 Mögliche Zielsetzungen

- 5.1 Die möglichen Zielsetzungen können hier nur als ein unvollständiger Katalog gelten, der unsere folgende Diskussion anregen soll. Wir müssen uns darüber einigen, was wir wollen, und unser Wollen nach außen bekennen. Wir sollten aber behutsam sein bei der Formulierung von konkreten Lösungsvorschlägen.
- 5.2 Kataloggruppe I
- 5.21 Wir sollten den Vietnamkrieg der USA verurteilen, weil er die allgemeinen Menschenrechte mißachtet, unsere freiheitlichen Ideale diskriminiert und keine Lösung des Vietnamproblems bringen kann.
- 5.22 Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erstrebt nicht die Wiedervereinigung.
- 5.23 Wir sollten jeglichen Verstoß gegen die allgemeinen Menschenrechte verurteilen, gleich welcher Staat sie sich zu Schulden kommen läßt.
- 5.24 Entwicklungshilfe sollte gegeben werden, ohne daß pro-westliche Erkenntnisse oder Nichtanerkennungsversprechen verlangt werden. Entwicklungshilfe sollte aber nur mit klaren Forderungen für die Ausbildungs- und Wirtschaftspolitik der Empfängerländer gegeben werden.
- 5.3 Kataloggruppe II
- 5.31 Die BRD soll auf Notstandsgesetze verzichten und die us-amerikanischen Vorbehaltsrechte kündigen.
- 5.32 Die BRD soll nicht nur auf Atomwaffen verzichten, sondern ^{auch} auf deren Trägerwaffen.

- 5.33 Die Truppensärke und die Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr ist zu reduzieren. Dafür ist die Friedensforschung auszubauen und die Möglichkeit der gewaltlosen Verteidigung zu prüfen.
- 5.4 Kataloggruppe III
- 5.41 Die Reformen der Schulen, Hochschulen und Berufsausbildungen sind voranzutreiben.
- 5.42 Die Vorhaben zur Bekämpfung der Luft- und Wasserverschmutzung, wie des Lärms sind zu fördern.
- 5.43 Eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche entspricht unserer pluralistischen Gesellschaft. Die Erhebung der Kirchensteuer durch die Finanzämter und die Arbeitgeber ist abzulehnen, weil sie den Wettbewerb der Ideen verfälscht, den Machtanspruch der Kirche überhöht und den Bürger in Glaubensfragen zur Unaufrichtigkeit erzieht.
- 5.44 Staatliche Konfessionsschulen sind abzulehnen. Die staatliche Schule hat die Schülern die Vielheit in der Einheit zu lehren und nicht das Gegeneinander.
- 5.45 Unsere Gesetze müssen durchforstet werden und auf die heutigen Erkenntnisse und Werte abgestimmt werden.
- 5.46 Das Wahlrecht muß auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt werden, damit der jugendliche Wehrpflichtige sich gegen die staatlichen Ansprüche an seine Person zur Wehr setzen kann.
- 5.5 Kataloggruppe IV
- Zur Entfaltung des Welthandels, der Stabilisierung des Geldwertes, der Aufrechterhaltung (bzw. der Wiedererlangung) der Vollbeschäftigung und des Wachstums unter Vermeidung von Vermögenskonzentration und Umverteilungen gewollter und ungewollter Art scheinen mir notwendig:
- 5.51 die Einführung einer Europawährung, die so angelegt ist, daß sie zur Weltwährung werden kann und es gestattet, daß nationale Währungen bestehen bleiben;
- 5.52 die Einführung flexibler Wechselkurse, deren Nützlichkeit wissenschaftlich abgesichert ist;
- 5.53 die Überprüfung der von der Gesellschaft propagierten umlaufgesicherten Indexwährung auf ihre Brauchbarkeit durch die Wirtschaftswissenschaft; Einführung dieser Währung bei positivem Prüfungsergebnis (Wird die Unbrauchbarkeit festgestellt, muß die Indexklausel für alle längerfristigen auf Geld lautenden Verträge gestattet werden, um ungerechte Vermögensverschiebungen zu verhindern.);
- 5.54 Durchführung einer Steuerreform, die eine Verminderung der Steuerarten bringt, die den Unkundigen nicht benachteiligt und den durchschnittlich gebildeten Bürger unabhängig von der Beratung der Steuerberater und der Finanzämter macht. (Womit nichts gegen die Steuerberater und die Beamten der Finanzämter gesagt sein soll.);

- 5.55 Um die Existenzsicherheit möglichst aller zu gewährleisten und die Eigenvorsorge zu fördern, sollten alle Bundesbürger in die gesetzlichen Sozialversicherungen einbezogen werden; die Leistungen der Invaliden- und Altersversorgung sind auf das Existenzminimum zu begrenzen, damit jeder nach eigenem Belieben eine zusätzliche private Altersversorgung aufbaut (bzw. aufbauen kann). Das Kapitaldeckungsverfahren der gesetzlichen Invalidenversicherung ist zu Gunsten des Umlageverfahrens aufzugeben. Der Vorteil liegt in der Kostensenkung durch Verwaltungseinfachung und der Überwindung der Schichtungsgrenzen, die durch die gesetzlichen Sozialversicherungen hervorgerufen werden.
(Es ist sogar denkbar, daß eine neue Alters- und Invaliditätsversicherung die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und einen Teil der Wirtschaftshilfen der Sozialämter übernehmen könnte.);
- 5.56 Die städtebaulichen und landschaftsgestalterischen Erfordernisse einerseits und die ungerechte Verteilung der Bodenrente andererseits erfordern ein neues Bodenrecht. (Die privatwirtschaftliche Nutzung muß aber gewährleistet werden. Enteignung ohne Entschädigung würde ein Bruch unserer anerkannten Rechtsnormen bedeuten und scheidet daher als Mittel aus.);
- 5.57 Die Stellung des Mieters bezüglich der Kündigung muß gestärkt werden, denn die Kündigung hat für den Mieter weiterreichende wirtschaftliche und soziale Folgen als für den Vermieter.³⁾;
- 5.58 Die Gleichstellung der Frau bleibt so lange eine Illusion, wie die Mutter in einem wirtschaftlichem Abhängigkeitsverhältnis zum Vater ihrer Kinder bleibt. Es ist daher sinnvoll, der Mutter - unabhängig vom Einkommen des Vaters - Kindergeld zu gewähren, das ihr eine größere Unabhängigkeit gibt. Um einen ungehemmten Bevölkerungszuwachs zu dämmen, ist das Kindergeld mit steigender Kinderzahl nicht progressiv, sondern degressiv zu gewähren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

- 1) Mancher Interessent mußte aus finanziellen Gründen der Gründungsversammlung fernbleiben.
- 2) Die Satzungsgemäß vorgesehen Programme wurden von der Gründungsversammlung nicht beschlossen, dies muß vom 1. Parteitag nachgeholt werden.
- 3) Die inzwischen beschlossene Neuregelung des gesetzlichen Kündigungsschutzes ist weder liberal noch sozial, sie wird nur den Gerichten neue Arbeit bringen.

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen-Partei

Aufruf zur Gründung einer liberalen und sozialen Partei
=====

Bürgerinnen und Bürger!

Eine Aktionsgemeinschaft, in der Menschen verschiedenster Berufs- und Altersgruppen vertreten sind, ruft Sie zur Gründung einer liberalen und sozialen Partei, die als Synthese zwischen Liberalismus und modern aufgefaßtem Sozialismus eine Alternative zur Großen Koalition und zu den extremen Links- und Rechtsgruppen anstrebt.

Die Verbindung der unverfälschten liberalen Idee (persönliche, wirtschaftliche und politische Freiheit) mit dem sozialistischen Ideal (wirtschaftliche Gerechtigkeit) vermag mit Hilfe neuer wirtschaftlicher und politischer Erkenntnisse zur dauernden inneren und äußeren Befriedung der Menschen und Völker führen.

Die Gründung einer Liberal-Sozialen Partei (LSP) ist umso notwendiger, als die Politik der Großen Koalition durch ihr Unvermögen, die wirtschaftliche Unsicherheit auf liberalem Wege aufzuheben, immer mehr zur staatlichen Reglementierung und damit zur Ausweitung des anti-liberalen Obrigkeitsstaates neigt, in dem die persönliche Freiheit angeblich höheren Zielen geopfert wird.

Auch Kommunismus und übersteigerten Nationalismus überwindet man nicht durch Verbot oder Verteufelung ihrer Trägerparteien, sondern nur durch eine Gestaltung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen Freiheit und Existenzsicherheit des einzelnen gewährleistet sind.

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei ruft alle, denen Freiheit, Demokratie und Humanismus keine leeren Floskeln sind, sondern die diese hohen Ideale gemeinsam und unverfälscht im gesellschaftlichen Leben verwirklicht sehen möchten.

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei erstrebt den Zusammenschluß aller außerparlamentarischen politischen Gruppen gleicher Zielsetzung, etwa durch Ermöglichung einer Doppelmitgliedschaft oder auf einer anderen geeigneten Basis.

b. w.

bitte hier abtrennen und ausreichend frankiert an Aktionsgemeinschaft Liberal-Soziale Partei, 45 Osnabrück, Schließfach 1963, senden)

E r k l ä r u n g

=====

Ich trete hiermit der Aktionsgemeinschaft zur Gründung der Liberal-Sozialen Partei (LSP) bei und bin damit einverstanden, daß mein Name im Zusammenhang mit dem Aufruf mit Berufsangabe, aber ohne Wohnanschrift, genannt wird.

Ich bin bereit - nicht bereit - mit der Geschäftsführung örtliche Kontaktversammlungen zu organisieren.

.....
Ort

Datum

Unterschrift

b. w.

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen-Partei

Geschäftsführung

Pressemitteilungen

45 Osnabrück
Schließfach 1963
Telefon über 222 83

Geschäftsführer:
Karl-Heinz Ventker

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

45 Osnabrück, den 25. 5. 1967

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei wendet sich mit nachstehendem Aufruf an die Öffentlichkeit:

Bürgerinnen und Bürger!

Eine Aktionsgemeinschaft, in der Menschen verschiedenster Berufs- und Altersgruppen vertreten sind, ruft Sie zur Gründung einer liberalen und sozialen Partei, die als Synthese zwischen Liberalismus und modern aufgefaßtem Sozialismus eine Alternative zur Großen Koalition und zu den extremen Links- und Rechtsgruppen anstrebt.

Die Verbindung der unverfälschten liberalen Idee (persönliche, wirtschaftliche und politische Freiheit) mit dem sozialistischen Ideal (wirtschaftliche Gerechtigkeit) vermag mit Hilfe neuer wirtschaftlicher und politischer Erkenntnisse zur dauernden inneren und äußeren Befriedung der Menschen und Völker zu führen.

Die Gründung einer Liberal-Sozialen Partei (LSP) ist umso notwendiger, als die Politik der Großen Koalition durch ihr Unvermögen, die wirtschaftliche Unsicherheit auf liberalem Wege aufzuheben, immer mehr zur staatlichen Reglementierung und damit zur Ausweitung des antiliberalen Obrigkeitsstaates neigt, in dem die persönliche Freiheit angeblich höheren Zielen geopfert wird.

Auch Kommunismus und übersteigerten Nationalismus überwindet man nicht durch Verbot oder Verteufelung ihrer Trägerparteien, sondern nur durch eine Gestaltung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen Freiheit und Existenzsicherheit des einzelnen gewährleistet sind.

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei ruft alle, denen Freiheit, Demokratie und Humanismus keine leeren Floskeln sind, sondern die diese hohen Ideale gemeinsam und unverfälscht im gesellschaftlichen Leben verwirklicht sehen möchten.

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei erstrebt den Zusammenschluß aller außerparlamentarischen politischen Gruppen gleicher Zielsetzung, etwa durch Ermöglichung einer Doppelmitgliedschaft oder auf einer anderen geeigneten Basis. Nur auf diese Weise wird es neuen Kräften möglich sein, eine Ausgangsbasis für die nächste Bundestagswahl zu erarbeiten, um in die zementierte Hegemonie der Bundestagsparteien einzudringen.

Sind Sie bereits politisch engagiert und sagen Ihnen die Ziele der zu gründenden Liberal-Sozialen Partei zu, dann überprüfen Sie bitte, ob ihre bisherige Partei Ihnen die Vertretung Ihrer Ansichten garantiert. Sind Sie politisch interessiert und haben Sie sich noch keiner Partei angeschlossen, dann zeigen Sie sich bereit, ein politisches Bekenntnis abzulegen, bevor es wieder einmal zu spät ist.

Erklären Sie uns bitte Ihr Interesse an der Gründung einer Liberal-Sozialen Partei.

Die Mitglieder der Aktionsgemeinschaft erheben keinen Anspruch darauf, das Führungsgremium der Liberal-Sozialen Partei bilden zu wollen.

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer
Liberal-Sozialen Partei

4500 Osnabrück, Postfach 1963, Tel. 222 83

Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 70

6
Im Oktober 1967

Sehr geehrte Mitglieder
des Allgemeinen Studentenausschusses!

Sehr verehrte Studentinnen!
Sehr verehrte Studenten!

- In der Demokratie ist nicht die Ruhe, sondern die Unruhe erste Bürgerpflicht. Gedacht ist dabei nicht an Aufruhr - der berechtigt sein mag, wenn die Regierenden die menschlichen Grundrechte mißachten -, sondern an eine besonnene Unrast, die bestrebt ist, Erreichtes zu vervollkommen, Erstrebenswertes durchzusetzen und Mißstände zu beseitigen.

Lieber viele Widerspruchsgeister wie Teufel und Dutschke als keinen. Besser viele Initiativen zur politischen Aktivierung der Bundesbürger, die im Sande verlaufen, als keine.

Der Wettbewerb um die Herrschaft im Staate, um die Gestaltung des Staates ist Bestandteil unserer Demokratie.

Um bildlich zu sprechen: Nicht alle Bürger können gleichzeitig in die Schranken treten. Wenn aber immer die gleichen innerhalb der Schranken bleiben, dann wird leicht aus dem Rennen eine arrangierte Schau!

Um durch Wettbewerbsdruck neue Ideen zur realen Gestalt werden zu lassen und die "staatstragenden" Parteien zur besseren Arbeit zu zwingen, unterstütze ich den auf den ersten Blick aussichtslos erscheinenden Versuch, eine neue erfolgreiche Partei zu gründen.

Aus dieser Haltung heraus, sende ich Ihnen Aufrufe zur Gründung einer Liberal-Sozialen-Partei mit der Bitte, sie den Lernenden und Lehrenden Ihrer Bildungsstätte zugänglich zu machen.

Programminweise werden Sie im Aufruf vergeblich suchen. Es wurde bewußt auf die Entwicklung eines Programmes vor der Partei-gründung verzichtet. Die LSP ist bis zu ihrer Gründung in der Zielsetzung völlig offen, wenn auch ihr Name den Rahmen absteckt.

Falls Sie bezüglich der Gründung der LSP anderer Meinung als ich sein sollten, rechne ich mit Ihrer Toleranz und bitte darum, Ihren Kommilitonen und Dozenten trotzdem die Aufrufe auszuhändigen.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

p.s. Der Gründungstermin ist der 25./26. Nov. d.J.
Der Gründungsort ist Bonn.

Fordern Sie rechtzeitig Anmeldevordrucke an.

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei
4500 Osnabrück, Schließfach 1963

Im November 1967

E i n l a d u n g
=====

Die Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen Partei veranstaltet am 25./26. November 1967 eine Versammlung, bei der die Gründung dieser Partei vollzogen werden soll.

Zu dieser Versammlung laden wir Sie herzlich ein.

Beginn: Sonnabend, den 25. Nov. 1967 um 16.00 Uhr.

Ende : Sonntag, den 26. Nov. 1967 um 16.00 Uhr.

Versammlungsort: "Union-Hotel Müller" in B o n n , Bahnhofstr.28

(Falls die Anzahl der Teilnehmer einen anderen Raum erfordert, werden Sie benachrichtigt.)

Wegen Ihrer Unterkunft wenden Sie sich bitte an den Verkehrsverein der Stadt Bonn (53 Bonn, Koblenzer Str. 7) oder gegebenenfalls direkt an die folgenden Hotels:

"Union-Hotel Müller" (Versammlungslokal), 30 Betten ab DM 8.50;

Hotel "Adler", Bahnhofstr. 30, 30 Betten, ab DM 10.-- bis DM 15.--

Hotel "Arone", Bahnhofstr. 38, 50 Betten, ab DM 10.-- bis DM 15.--

Wenn Sie an der Versammlung teilnehmen wollen, dann trennen Sie bitte den unteren Teil der beiliegenden Tagungsordnung ab und senden Sie uns diesen Abschnitt möglichst bald ein, damit wir entsprechend vorbereiten können.

Bitte denken Sie auch daran, zu der Versammlung einen gültigen Personalausweis mitzubringen!

Mit freundlichen Grüßen!

Anlage

gez. Karl-Heinz Ventker
(Geschäftsführer)

Aktionsgemeinschaft zur Gründung einer Liberal-Sozialen-Partei

Geschäftsführung

4500 Osnabrück
Postfach 1963
Tel. 0541/22283

E I N L A D U N G =====

Im November 1967

Ihr Schreiben	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
---------------	-------------	---------------	-------

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 25./26. November 1967 findet eine Versammlung zur Gründung der Liberal-Sozialen-Partei statt.

Anläßlich dieser Parteigründung ist für
Sonntag, den 26. November 1967,
um 12.00 Uhr
im "Union-Hotel-Müller", Bonn, Bahnhofstr. 28,
ein Presse-Empfang

vorgesehen, zu dem wir Sie herzlich einladen, um Ihnen über die Zielsetzungen dieser Partei berichten zu können. Wenn wir auch noch unbekannt sind, nehmen wir doch an, daß Sie im Rahmen Ihrer Informationsaufgaben an der Entstehung neuer politischer Gruppen und ihrer Zielsetzungen interessiert sind, und würden uns freuen, Sie begrüßen zu können.

Für die Aktionsgemeinschaft
Ventker Abromeit

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
 per Adr. Tristan Abromeit
 2850 Bremerhaven 1
 Schiffdorfer Chaussee 70
 Telefon 0471 / 23985

31.12.1967

Resolution des Vorstandes der LSP über die Zielsetzungen der Liberal-Sozialen Partei

- I. Auf der Gründungsversammlung in Bonn am 25./26. November 1967 wurde über mögliche Zielsetzungen ausgiebig diskutiert. Die satzungsgemäß vorgesehenen Programme wurden nicht beschlossen. Jedes Mitglied ist somit aufgefordert, die Programme der LSP bis zum 1. Parteitag 1968 mit zu erarbeiten.
- Die Darlegungen unter II. und III. sollen Interessenten an unserer Arbeit zur Orientierung und den Mitgliedern als Arbeitsunterlage dienen.
- Wir werden keine Hemmungen haben, Vorstellungen von Außenseitern zum Durchbruch zu verhelfen, wenn wir von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Vorstellungen überzeugt sind. Wir wehren uns jedoch gegen ein weltfremdes politisches Sektierertum.
- II. Allgemein läßt sich sagen: Die LSP will die Bundesrepublik Deutschland nach von ihr zu erarbeitenden Grundsätzen mitgestalten. Die LSP will keine Revolution, sondern die Evolution. Die Evolution schließt aber ein, daß in unserem Gesellschaftssystem verschiedene Elemente neu- oder umgestaltet werden müssen.
- Das Anliegen der LSP ist es, mitzuhelfen, die Verfassungswirklichkeit mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen, die Bundesrepublik Deutschland zu einem Musterbeispiel eines freien und sozialen Rechtsstaates zu gestalten, der seiner Lage entsprechend ausgleichend zwischen Ost und West wirkt.
- Die LSP stellt die allgemeinen Menschenrechte über alle anderen nationalen und internationalen Rechte, sie verurteilt darum jede Regierung, die die allgemeinen Grundrechte des Menschen mißachtet, dabei spielt es keine Rolle, ob eine solche Regierung einem östlichen, westlichen Staat oder einem der dritten Welt vorsteht.
- Da wir davon überzeugt sind, daß das System der Marktwirtschaft unseren Vorstellungen von einer freiheitlichen Gesellschaft entspricht, und nicht die Zentralverwaltungswirtschaft, lehnen wir marxistisch-kommunistische Lösungen ab. Wir sind aber weiterhin davon überzeugt, daß die kapitalistische Ausformung der Marktwirtschaft überwunden werden muß. Die Verwirklichung eines sozialen Staates erfordert, daß der Arbeitsertrag gegenüber dem Kapitalertrag den Vorrang erhalten muß. Dieses Ziel ist nicht durch Verwaltungsakte zu erreichen. Die Lösung dieses Problems muß systemgerecht sein. Ihre Erarbeitung erfordert ein vorurteilsfreies Denken und die Mitwirkung der Wirtschaftswissenschaft.
- Als Beitrag zu einer friedlicheren Welt müssen wir die Grenzen verschiedener Art, die dem internationalen Gütertausch und der internationalen Freizügigkeit entgegenstehen, überwinden.

III. Zur Entfaltung der Freiheit und Sicherheit des einzelnen Menschen, der BRD und des internationalen Güteraustausches setzen wir uns u.a. für nachfolgende Ziele ein:

1. Wir fordern die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD, nicht weil die Teilung Deutschlands von uns gutgeheißen wird, sondern da sie eine Realität ist.

Als Gegenleistung von der DDR erwarten wir eine Garantieverklärung für die Freiheit Berlins und seiner Zugänge; von der polnischen Regierung eine Zusicherung, daß Deutsche und Angehörige anderer Staaten, die in den ehemaligen deutschen Gebieten der Republik Polen beheimatet sind oder waren, das Recht der freien Zu- und Abwanderung haben, daß den deutschen Minderheiten in diesem Gebiet eine begrenzte Autonomie in Kulturfragen zusteht.

Wenn wir jemals eine Wiedervereinigung erreichen wollen, dann nur, wenn wir von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen und nicht von Wunschvorstellungen.

2. Wir verurteilen die Vietnam-Politik der Regierung der USA, weil der Krieg die vietnamesischen Probleme nicht löst, aber die freiheitlichen Ideale der westlichen Welt unglaubwürdig macht.
3. Wir sind gegen die Notstandsgesetze, weil nach unserer Einsicht erstens das Grundgesetz als Basis für die Bewältigung des Notstandes ausreicht und zweitens die Demokratie, wenn sie eine brauchbare Herrschaftsform ist, sich im Notstand zu bewähren hat.
Im Zusammenhang hiermit treten wir für die Kündigung der us-amerikanischen Vorbehaltsrechte ein. Wir beanspruchen, ein Partner der USA zu sein, nicht ihr Trabant.
4. Für die Verteidigungspolitik fordern wir eine Konzeption, die nicht im Widerspruch steht zu einer notwendigen Friedenspolitik. Es sollte angestrebt werden, daß sich beide deutsche Staaten aus den Militärbündnissen lösen, ihre Regierungen mit den jeweiligen Verbündeten über den Abzug von ausländischen Streitkräften einigen.
Wir setzen uns für die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr und die Rekrutierung ihrer Soldaten aus Freiwilligen ein.
Eine atomwaffenfreie Zone in Europa und den Verzicht der BRD auf Atomwaffenträger erachten wir als notwendig.
5. Die politische Einigung Europas darf sich nicht auf westeuropäische Staaten beschränken. Die EWG können wir nur als Übergangslösung betrachten, da wir für unsere wirtschaftliche Entwicklung keinen Super-Nationalstaat brauchen, sondern den weltoffenen Handel ohne wirtschaftliche Diskriminierungen.
6. Um international Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, einen marktgerechten Leistungsaustausch zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften zu ermöglichen und den negativen Einfluß des internationalen Zahlungsverkehrs bei fixierten Wechselkursen auf die innere Geldwertstabilität auszuschalten, sind wir für die Einführung von flexiblen Wechselkursen.
7. Die Subventionen des Staates sind allgemein einzuschränken und dort abzubauen, wo sie ihren Zweck nicht erfüllen.
8. Eine Steuerreform muß eine radikale Steuervereinfachung bringen. Wir sind gegen Verbrauchssteuern, weil sie die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und die Minderbemittelten am stärksten treffen.

Bl. 3 der Resolution des LSP-Vorstandes

10. Um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Mütter gegenüber den Vätern zu fördern, die erst die Gleichberechtigung ermöglicht, fordern wir ein Kindergeld für die Mütter unabhängig von der Höhe des Einkommens des Vaters. Das Kindergeld muß aber mit steigender Kinderzahl degressiv gegeben werden, damit einer ungehemmten Bevölkerungsvermehrung vorgebeugt wird.
11. Wir fordern ein Strafrecht, das unseren heutigen Erkenntnissen und Werten entspricht. Der Staat hat nicht die Aufgabe, mit Hilfe des Strafrechtes bestimmte Weltanschauungen zu fördern. Die übrigen Gesetze, Verordnungen und Erlasse müssen auf ihre Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit überprüft werden.
12. Wenn junge Menschen ab dem 18. Lebensjahr die Verantwortung tragen müssen wie Erwachsene; wenn über ihre Person verfügt wird, wie es beim Wehrdienst der Fall ist, dann ist es eine selbstverständliche Forderung, daß das Wahlrecht und die Volljährigkeit auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt wird.
13. Eine klare Trennung von Staat und Kirche entspricht unserer pluralistischen Gesellschaft. Die Erhebung der Kirchensteuer durch staatliche Institutionen und auf Grund von Gesetzen durch die Arbeitgeber ist abzulehnen, weil es den Wettbewerb der Ideen verfälscht, den Machtanspruch der Kirche überhöht und den Bürger in Glaubensfragen zur Unaufrichtigkeit erzieht.
14. Wir sind für die weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule, weil die Schule ihre Schüler die Vielheit in der Einheit zu lehren hat und nicht das Gegeneinander. Gemäß unserer liberalen Einstellung treten wir für die gleichberechtigte Förderung von Staats- und Privatschulen ein.
15. Die Reformen der Schulen und Berufsausbildungen sind zu intensivieren. An der Reform der Hochschulen sind die mitbetroffenen Studenten zu beteiligen.

Der Vorstand:

Tristan Abromeit

Karl-Heinz Ventker

Volker Stehr

2. 1. 1967

Sehr geehrter Herr Dr. Plessen!

Da Sie sich für mich um eine Stellung bemühen, halte ich es für notwendig, Sie über meine politische Tätigkeit zu informieren.

Als ich in der VHS in Bremen wegen einer offenen Stelle nachfragte, wurde ich gefragt, welcher Partei ich angehöre. Als ich wahrheitsgemäß antwortete: "Keiner!", bekam ich sinngemäß zu hören, daß dieses für einen Stellensuchenden in der Erwachsenenbildung schlecht wäre, da man vom Erwachsenenbildner ein politisches Engagement erwarte.

Diese Auskunft und die derzeitige Ansprechbarkeit vieler Bürger bezüglich unserer politischen Wirklichkeit haben mich dazu bewogen politisch aktiv zu werden und meinen Bedenken - die in meiner Stellung als Arbeitsloser begründet sind - ihr vorheriges Gewicht zu nehmen.

Ich laufe zwar Gefahr mir bei der Arbeitsplatzsuche neue Hindernisse in den Weg zu legen, da bei uns politische Tätigkeit außerhalb der im Bundestag vertretenen Parteien nicht honoriert wird. Ich habe in den vergangenen Jahren überlegt, ob ich Mitglied in der CDU, der SPD oder der FDP werden sollte. Die Politik und die ideologische Grundhaltung dieser drei Parteien konnten mich aber nicht überzeugen.

Ich möchte gerne Mitglied einer liberalen Partei werden, da es diese bei uns nicht gibt, will ich helfen eine zu schaffen.

Die FDP besinnt sich erst in dem Augenblick auf ihren liberalen Ursprung, wo es ihr durch ein bevorstehendes neues Wahlrecht an den Kragen gehen soll; zu einem Zeitpunkt wo sie nicht mehr leugnen kann, daß sie ihr eigenes Grab mit ausgehoben hat.

Soweit ich informiert bin, sind Sie Mitglied der FDP. Ich bedauere nicht nur deshalb, daß ich die FDP so beurteilen muß. Ich sehe für die FDP keine Zukunft; ich hoffe aber, daß zum Nutzen ihrer liberalen Mitglieder und deren Zielsetzungen einer neuen liberalen Partei von dieser Seite keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Damit Sie sehen, daß es bei mir nichtpurer Ehrgeiz ist, der mich veranlaßt hat, zu versuchen die Liberal-Soziale-Partei zu gründen, schicke ich Ihnen meine "Betrachtungen ..." zur FSU mit. Diese "Betrachtungen" waren für mich ein Test. Da eine Diskussion der "Betrachtungen" von der Mehrzahl der FSU-Vorstandsmitglieder verhindert wurde, sah ich keinen Anlaß mehr, mich um die Mitgliedschaft in dieser Partei zu bemühen.

Die Krankheit der Intolleranz und der Einseitigkeit teilt die FSU mit vielen anderen kleinen Parteien. Immerhin waren meine "Betrachtungen" so wirksam, daß einige kritische Geister in der FSU revoltieren.

Bei allen meinen politischen Bemühungen kenne ich meine bescheidenen Grenzen. Vielleicht liegt meine ganze Begabung darin, daß ich furchtlos Unbescheidenes - man kann es auch mit Notwendiges umschreiben - projektieren kann. Wenn man bedenkt, daß es mir noch nicht gelungen ist, nach dem Examen einen Arbeitsplatz zu finden, dann stinken meine Ambitionen nach Größenwahn. Ich selbst würde aber eher Naivität für Größenwahn setzen. Der Naivität bedarf es nämlich, wenn der Mensch glaubt nach seinen übernommenen und von ihm selbst entwickelten Werten handeln zu müssen.

Für das klärende Telefongespräch von heute danke ich nochmals. Herr Dr. Plessen bei aller Dankbarkeit für Hilfe, will ich Ihnen doch mal gestehen, daß es mich hart trifft, daß ich nach all der Hilfe (auch von Ihrer Seite) in den letzten Jahren immer noch der Hilfe bedarf.

Meine Schwierigkeiten mögen zum Teil in meiner Person begründet sein, zum überwiegenden Teil aber in der wirtschaftlichen Situation, die nicht so zu sein brauchte.

Herzliche Grüße

Tristan Abromeit

